Mittag-Ausgabe.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Ad. Schleh, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
J. Hachfeld in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.



Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Klugkist in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 474

Die „Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal, anden auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 10. Juli.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1893

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 8. Juli, 11 Uhr.

Die **erste Berathung der Militärvorlage** wird fortgesetzt.

Abg. **Gröber** (Ctr.): Neues über die Militärvorlage vorzubringen, ist wohl niemand in der Lage. Sie unterscheidet sich nur unwesentlich von der Vorlage der vorigen Session. Meine Fraktion hat deshalb bei der Berathschlagung und Stellungnahme zu dieser Vorlage beschlossen, keine andere Stellung einzunehmen, als sie im letzten Reichstage zu der ursprünglichen Regierungsvorlage eingenommen hat, und zwar ist der Beschluß gefaßt worden auch unter Zustimmung der zahlreichen neuen Mitglieder, die wir uns freuen, in unserer Mitte zu sehen. Nach wie vor sind wir von der Nothwendigkeit einer Verstärkung der Friedenspräsenz nicht überzeugt, und wenn gestern von Herrn von Stumm sowohl die militärische als auch politische und wirthschaftliche Nothwendigkeit betont worden ist, so stelle ich dem die Erklärung entgegen, daß ich die Vorlage weder militärisch, noch politisch, noch wirthschaftlich für nothwendig halte. Frhr. v. Stumm hat über die militärische Nothwendigkeit nichts Neues vorgebracht. Was die Rekrutirungsquote des französischen Heeres anlangt, auf die er Bezug nahm, so verweise ich ihn auf meinen Kommissionsbericht in der vergangenen Session, in dem ausgeführt ist, daß es sich bei jener Quote um das mittlere Ergebniß handelt, das die Aushebung schon 1890 geliefert hat. Daß die Vorlage politisch nicht nothwendig ist, muß ich ganz besonders scharf betonen, weil der Reichskanzler die friedliche politische Lage anerkannt und erklärt hat, daß kriegerische Verwicklungen in absehbarer Zeit nicht eintreten werden. Die Aeußerungen des leitenden Ministers eines befreundeten Staates geben dem eine höchst schätzenswerthe Ergänzung und Bestätigung. Der Reichskanzler wünscht, daß im Kriegsfalle der Kriegsschauplatz auf fremdes Gebiet übertragen werde. Ich will nicht bestreiten, daß nach der Verbesserung der Waffen und des Festungswesens in Frankreich ein künftiger Krieg nicht so wird geführt werden können, wie der letzte Krieg, und daß auch die Einnahme von Paris nicht mehr so leicht sein wird. Aber müssen wir denn an diese Nothwendigkeit überhaupt denken? Es würde für unseren Zweck vollständig ausreichen, wenn wir bei Eröffnung des Krieges die Grenze sofort besetzen. Wir sind stark genug, den Feind niederzuschlagen, sobald er herantritt. Ist denn wirklich die numerische Ueberlegenheit Frankreichs so beunruhigend, wie es der Reichskanzler darstellte? Vor nicht langer Zeit hat er doch selbst darüber gespottet, daß man nicht etwa die jetzige Differenz von 350 000 Mann, nein die frühere Differenz von 900 000 Mann als beunruhigend hinstellte. Damals betonte er, daß die Hauptsache die Güte der Truppen, und nicht die Zahl sei, weil viele taktische Nonvaleurs unterlaufen. Woher kommt er nun auf einmal zu dieser Beunruhigung? Ich theile sie nicht; denn anerkanntermaßen nimmt die französische Bevölkerung ab und die unsrige zu. Ist ferner das Bestehen eines Bündnisses zwischen drei großen Staaten so unbedeutend, daß darauf kein Gewicht gelegt wird? Es ist allerdings nicht unmöglich, daß das Bündniß einmal aufhören könnte, das sollte aber die Leitung des deutschen Reiches bestimmen, auf ein festeres Verhältniß als auf ein Vertragsverhältniß mit Oesterreich-Ungarn hinzudrängen, auf ein staatsrechtlich organisches Verhältniß, das uns für alle Zeiten miteinander verbindet. (Sehr richtig! im Centrum.) Der Reichskanzler hat ja selbst früher erklärt, daß, wenn eine genügend starke Partei da wäre für die Annahme des Planes Verdy, so wäre die dreijährige Dienstzeit eigentlich das Beste. Da kann es nicht fehlen, daß sich später die Ausbildung in den 2 Jahren, namentlich bei einem ungenügenden Ausbildungspersonal, als nicht genügend herausstellt. Da wird unausbleiblich eine weitere Forderung eintreten. Sodann sind gerade die Abstriche bei den Spezialwaffen gegenüber der ursprünglichen Regierungsvorlage ein sicherer Anhalt dafür, daß, wenn die Heeresverstärkung beschlossen worden ist, alsdann selbstverständlich Nachforderungen für die Spezialwaffen kommen werden. Das Auswachsen der vierten Bataillone werden wir auch zu fürchten haben. Zweifellos werden wir auch noch Forderungen für die weitere Ausbildung der Marine zu befürchten haben. Was die politische Nothwendigkeit betrifft, so hat man hingewiesen auf die Pariser Studentenkrawalle, sie seien eine bedenkliche Erscheinung, weil die französische Regierung dadurch in ihrer Stellung erschüttert sei. Wenn eine Regierung durch Studentenkrawalle erschüttert wird, so ist sie für uns keine Gefahr. (Sehr wahr! links und im Centrum.) Alle diese Vorgänge in Frankreich zeigen aber, daß das französische Volk im innern Kern so verworren, in den leitenden Kreisen so korrumpirt ist, daß ein solches Volk keine Gefahr für uns bildet, daß dies Volk mit einem so faulen Kern nicht ins Feld ziehen kann. Weiter ist darauf hingewiesen, wir müßten, um die französische Presse zum Schweigen zu bringen, zeigen, wie stark wir wären, und deshalb die Militärvorlage rasch und vollständig annehmen. So wichtig ist mir die französische Presse nicht. Und wenn diese Gründe richtig sind, wenn wirklich solche Gesichtspunkte uns bestimmen müssen, dann wären alle unsere Berathungen überflüssig, dann müßten wir jede Militärvorlage annehmen, denn wenn wir sie nicht annehmen, würden wir an Prestige bei unseren Bundesgenossen verlieren. Damit kommen wir zu einem Militärabsolutismus, und mir wäre ein offener Militärabsolutismus noch lieber als der versteckte mit dem parlamentarischen Feigenblatt. Ein offener Militärabsolutismus würde nicht wagen, mit solchen Forderungen an das Volk zu treten. Die wirthschaftliche Nothwendigkeit der Vorlage hat Frhr. v. Stumm mit einem Ausblick auf die Großindustrie beweisen zu können geglaubt. Das ist charakteristisch für ihn, daß er einen anderen Erwerbszweig nicht kennt, als die Großindustrie (Frhr. v. Stumm: Unwahr!). Dann habe ich Sie falsch aufgefaßt. Sie könnten eben dasselbe auch in etwas höflicherer Form sagen. (Lebhafte Zustimmung im Centrum und links.) Irren ist menschlich. Sie, Herr v. Stumm, sind auch dem Irrthum bisweilen verfallen. Ich stehe der Großindustrie nicht so nahe, wie Frhr. v. Stumm, aber ich will nicht bezweifeln, daß die Großindustrie in einem gewissen inneren Zusammenhang mit dem Militärabsolutismus steht. Wenn die Großindustrie durch die Vorlage beunruhigt wird, dann wird die Beunruhigung sofort verschwinden, wenn die Militärvorlage verschwindet (Beifall). Wenn übrigens Frhr. v. Stumm recht hätte, so würde ich aus seinen Ausführungen die Konsequenzen ziehen, daß wenn die Vorlage zu Stande kommt, auch die Großindustrie die Hauptlast zu tragen hat. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Ich hoffe, daß Frhr. v. Stumm den Genius der Großindustrie veranlassen wird, daß sie das Füllhorn ihrer Schätze für die Beiträge zur Deckung der Kosten der Militärvorlage ausschütten wird. (Sehr wahr! im Centrum.) Niemand wird bestreiten, daß das Erwerbsleben durch die Entziehung so vieler Arbeitskräfte schwer geschädigt wird. Was die politische Seite der Vorlage betrifft, so ist ihre nothwendige Folge, daß Frankreich mit seinen Rüstungen fortfährt und mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln uns zu überbieten sucht, und die Kräfte, welche es in seinen Kolonien hat, ausnutzt. Selbst von regierungsfreundlicher Seite wird anerkannt, daß für den leitenden Staatsmann in der fortwährenden Steigerung der Ausgaben für das Heerwesen eine große Gefahr liegt, weil er mit solchen Waffen in der Hand Differenzen mit seinen Nachbarn einfach durch einen frisch-fröhlichen Krieg zu beseitigen suchen wird. Frhr. v. Schorlemer-Alst hat früher mit Recht darauf hingewiesen, daß in der fortwährenden Steigerung für Militärzwecke eine innere Gefahr für das Volk liegt, indem sein Sinn auf die Werke des Krieges statt des Friedens gelenkt wird. Das mag für einen Theil des Volkes zutreffen, aber der größere Theil des Volkes wird in die Gefahr der Erbitterung über die steigenden Rüstungen kommen. Diese steigende Erbitterung hat sich bereits bei den Wahlen beobachten lassen. Sie richtet sich nach zwei Seiten. Einmal, was ich auf das tiefste beklage, gegen den monarchischen Gedanken von Seiten der sozialdemokratischen Partei und andererseits gegen die preußische Oberleitung im Reiche, und das führt zu einem spröden Partikularismus. Ich beklage diese Erscheinung. Aber ich weise nochmals mahnend und warnend auf dies dumpfe Grollen in der Volksseele hin. (Sehr gut! im Centrum und links.) Die Erbitterung über diese Militärvorlage ist um so schärfer und um so ernster, weil nach der allgemeinen Ueberzeugung die Vorlage, wenn sie angenommen wird, höchstens mit wenigen Stimmen angenommen wird, vielleicht von Abgeordneten, deren Mandat in kurzer Frist kassirt werden wird (Sehr gut! im Centrum und links), vielleicht von Abgeordneten, die in voller Unkenntniß sich befinden, woher die Kosten zur Deckung genommen werden sollen. Herr v. Stumm meinte, daß bei der Stimmabgabe für Gegner der Militärvorlage persönliche, für Freunde der Militärvorlage sachliche Gründe maßgebend wären. Also nach Herrn von Stumm kommen nur bei andern Parteien solche Schlechtigkeiten vor. (Heiterkeit.) Hat er denn vergessen, daß sein Kollege Krupp sogar von sozialdemokratischer Seite Stimmen bekommen hat, und die Sozialdemokraten sind doch nicht Freunde der Militärvorlage (Heiterkeit und sehr richtig! im Centrum). Es ist doch eine mehr als auffallende Erscheinung, daß der Reichskanzler die Vorlage eingebracht hat, ohne auch nur die Steuerprojekte zu bezeichnen. Es war in der letzten Periode offen und ehrlich gehandelt, als mit der Militärvorlage zugleich die Steuerprojekte eingebracht wurden, aber es ist nicht offen und ehrlich, wenn man eine Entscheidung verlangt in einer so schwerwiegenden Frage, ohne den Weg zur Aufbringung der Mittel zu zeigen. Diese Handlungsweise wurde sogar der Regierung zum Lobe angerechnet. Das ist kein Lob beim Pferdehandel, aber nicht bei einem offenen und ehrlichen Handel. (Große Unruhe rechts.) Viele würden gegen die Militärvorlage stimmen, wenn sie wüßten, woher die Mittel genommen werden. Wie werden sich denn die Herren verhalten, die im Wahlkampf gesagt haben, erst müsse die Deckungsfrage erledigt werden. In welche Verlegenheit bringt sie nun der Reichskanzler, wenn er verlangt, daß sie sich auf gut Glück unterwerfen sollen und abwarten, was die Regierung von Steuervorlagen bringt! Man sagt nichts über die Steuervorlagen, und man gesteht damit offen ein, daß, wenn man die Karten klarlegt, eine Mehrheit für die Militärvorlage nicht vorhanden ist. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Man hat eine Mausefalle gelegt, um die Abgeordneten einzufangen, und die Versicherung, daß die Kosten auf die leistungsfähigen Schultern gelegt werden sollen, ist der Speck darin. (Heiterkeit, sehr richtig! im Centrum.) Vergessen Sie doch nicht, daß der Plan, um den es sich hier handelt, nicht von gestern ist. Er stammt aus dem Jahre 1889, als v. Verdy auf die sogenannten Scharnhorstschen Ideen zurückgriff. Der damalige Reichskanzler hat den Plan genehmigt, aber in das Schubfach gelegt mit Rücksicht auf die Wahlen von 1890. Damals also hat es nicht geeilt mit der Sicherung des Vaterlandes, und der jetzige Reichskanzler hat auch noch 2 Jahre mit der Vorlage gewartet. Ich weiß also nicht, warum es jetzt so eilt, warum man nicht bis zum Herbst warten konnte, wo man gleichzeitig die Steuervorlagen einbringen könnte. Der Reichskanzler will die Vorlage angenommen sehen, damit sich Deutschland ruhig seines Daseins freut. Ganz recht; aber ich wünsche nicht die Ruhe, die besteht in der Anspannung aller Kräfte durch Rüstungen, sondern die Ruhe, die besteht in einem ruhigen, bürgerlichen Erwerbsleben. Aus diesen Gründen sind wir gegen die Vorlage, wir werden sie einfach ablehnen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. **v. Bennigsen** (natlib.) tritt der Darstellung des Vorredners entgegen, als ob wir in Deutschland diejenigen seien, die von Jahr zu Jahr ohne Noth zu neuen Rüstungen übergehen. Und doch habe der Reichskanzler erklärt, daß die verbündeten Regierungen nur gezwungen dem Vorgange von gefährlichen Nachbaren folgten. Wenn der Vorredner meine, wir seien stark genug, um einen Krieg offensiv führen zu können, so glaube er den gegentheiligen Versicherungen der Sachverständigen doch mehr. Sehr sonderbar sei die Bemerkung, es komme gar nicht darauf an, weit in Frankreich einzudringen, wenn man die Franzosen nur an den Grenzen schlage. Habe man im letzten Kriege nicht gesehen, daß die Franzosen, obgleich total geschlagen keinen Frieden machten, sondern ein gefährliches Volksheer aufboten? (Rufe bei den Sozialdemokraten: Das war eben ein Volksheer!) Gerade die Schwäche der französischen Regierungen sei gefährlich; denn sehr leicht könne sich ein ehrgeiziger General die großen Kräfte des kriegerischen Volkes dienstbar machen. Die Vorgänge der letzten Tage in Paris könnten uns durchaus nicht beruhigen. Diese Skandale, hinter denen die anarchistisch-kommunistischen revolutionären Elemente steckten, bewiesen gar nichts gegen die militärische Tüchtigkeit des französischen Heeres. Wenn die Regierung sage, wir Deutsche, die einen neuen Nationalstaat zu vertheidigen haben, müßten unseren Nachbarn, Frankreich und Rußland einzeln gewachsen sein, so sei das doch durchaus richtig. Woher der Vorredner seine Auffassung habe, daß nur die Pariser Presse, nicht aber das französische Volk kriegerische Neigungen habe, verstehe er nicht. Der Staatsmann, der es wagen würde, dem Revanchegedanken entgegenzutreten, würde doch zweifellos in Frankreich seine ganze politische Zukunft zerstören. Das beweise ja das Schicksal Ferrys, von dem man annahm, er wolle die Franzosen von der alleinigen Verfolgung des Revanchegedankens abbringen. In Wort und Schrift sei doch bei jeder Gelegenheit die Revanche gepredigt. In den Schulbüchern werde das schon den Kindern gepredigt. Da dürften wir uns doch nicht in die Sorglosigkeit des Vorredners wiegen. Die verb. Regierungen hätten an ihren ursprünglichen Forderungen Erhebliches nachgelassen: er habe früher gemeint, daß es möglich wäre, noch etwas mehr abzulassen, habe sich aber durch die Kommissionsberathung eines anderen überzeugt. Die alte Forderung der zweijährigen Dienstzeit und die Verjüngung der Armee sei doch von solchem Werth für das Volk, daß ein Verzicht darauf der Bevölkerung wenig angenehm wäre. Sei man von der Nothwendigkeit der Heeresverstärkung überzeugt, dann werde man eben nach Mitteln zur Kostendeckung suchen müssen; so sei der logische Zusammenhang, nicht aber umgekehrt. Im nächsten Winter würden uns mehrere Vorlagen gemacht werden unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit. Es sei vielfach die Rede davon, wenn man die Militärvorlage angenommen habe, sei man bezüglich der Steuervorlagen in einer Nothlage. Davon sei gar keine Rede, denn ein eigentliches Defizit, eine Verlegenheit für die Reichskasse gebe es ja garnicht. Steuervorschläge zu machen, sei ein nobile officium, wenn auch kein angenehmes, der Regierung. Er mache hier auf die Luxussteuern aufmerksam, die in England und Frankreich erhebliche Summen einbrächten. Was die wirthschaftliche Situation angehe, so sei die beginnende Verbesserung nach jahrelangem Daniederliegen durch die Beunruhigung wegen der Militärvorlage wieder hintangehalten worden. Noch viel mehr als die Unternehmer seien die Arbeiter daran interessirt, daß die Besserung der Verhältnisse nicht gehemmt werde, daß das Erwerbsleben bald aus der Sorge und Unruhe herauskomme. Trotzdem seien die Sozialdemokraten natürlich Gegner der Vorlage, weil sie Feinde der gegenwärtigen Staatsordnung seien. Hätte das deutsche Volk über die Militärvorlage allein sein Votum haben abgeben sollen, so wäre dasselbe jedenfalls für die Vorlage ausgefallen. (Oho links.) Aber viele Wähler hätten sich durch das Gespenst einer reaktionären Mehrheit oder einer Kartellmehrheit einschüchtern lassen. Trotz aller Prophezeiungen von der Abwirthschaft der Mittelparteien seien dieselben aus dem Wahlkampf gestärkt hervorgegangen. Die Sozialdemokratie andererseits verdanke ihren Zuwachs zu einem großen Theile anderen Parteien. Obgleich die Parteileitung die Parole ausgegeben hätte: Wider die Bourgeoisie! hätten Freisinnige, Centrum, Welfen die Sozialdemokraten bei den Stichwahlen unterstützt. Die Bewegung, welche als eigentlich sozialdemokratische bezeichnet werden könne, habe ihren Höhepunkt bereits erreicht. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Die Herren hätten ja auch hier ihr Zukunftsprogramm ganz in den Hintergrund treten lassen. (Präsident v. Levetzow ersucht den Redner, zum Gegenstande der Verhandlung zurückzukehren.) Wenn die nichtsozialistischen Parteien zusammenhielten, würde die Sozialdemokratie nie so hoch gekommen sein. Ganz charakteristisch sei es, daß in demselben Augenblick, wo der radikale Liberalismus zusammengebrochen sei, der gemäßigte Liberalismus einen Aufschwung nehme. Die partikularistischen Bestrebungen, die bei den Wahlen hervorgetreten seien, seien bei den Dynastien nicht vorhanden; überall sei da das Gefühl der engen Zusammengehörigkeit kräftig entwickelt. Wenn der Reichstag die Bedeutung wiedergewinnen wolle, die die Nation ihm bei seiner Schaffung zugedacht habe, dann müsse er über die Lebensfragen der Nation zu einem festen Entschluß kommen. Zeige sich, daß bei den Regierungen das Verständniß für die nationalen Erfordernisse besser entwickelt sei, als beim Parlament, so müsse das Ansehen des letzteren tief sinken. Hoffentlich werde die Volksvertretung ihre Aufgabe, an der Führung der Geschäfte der Nation mitzuwirken, erhalten. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Reichskanzler Graf **v. Caprivi:** Ich habe nur das Bedürfniß, dem Abg. Gröber ein paar Worte zu antworten. Ich will nicht auf den politischen Theil seiner Ausführungen eingehen; dasselbe haben wir oft genug gehört, auch von den Bänken der Freisinnigen, der Volkspartei und den Sozialisten. Er hat nichts Neues gesagt; es sind eben die demokratischen Anschauungen. Es ist das auch nicht etwas, was mich in Erstaunen setzt, seitdem wir in der Zwischenzeit haben verkünden hören, daß die demokratische Richtung im Centrum zunimmt und man in der Umwandlung der konfessionell kirchlichen in eine politisch demokratische Partei begriffen sei. (Oho! im Centrum.) Ja wohl, ich habe die „Kölnische Volkszeitung" hier mit dem Berichte über die Versammlung in Köln vom 22. Mai. Also auf einen so demokratischen Boden war ich gefaßt. Der Abgeordnete hat die Regierung angegriffen und als unehrlich bezeichnet in Bezug auf ihr Verhalten der Deckungsfrage gegenüber. Dieser Vorwurf trifft mich. Es würde mir schmerzlich sein, wenn er berechtigt wäre, aber ich begreife nicht, wie man ein Verhalten als unehrlich bezeichnet, wenn ich Dinge nicht sage, die ich zum Theil gar nicht weiß, und wenn ich andere nicht ausspreche, wenn ich voraussehe, daß sie ins öffentliche Leben, namentlich in das Erwerbsleben Unruhe bringen könnten, die sich vielleicht nachher als ganz überflüssig herausstellt. Vielleicht war auch der Ausdruck unehrlich nur eine Folge der zunehmenden demokratischen Richtung. (Heiterkeit rechts.) Herr Gröber hat gesagt, ich hätte gespottet über die Menschen, die sich beunruhigen ließen durch Zahlen. Ich

spotte immer über unnöthige Beunruhigung, vollends, wenn ich glaube, durch solchen Spott die Leute beruhigen zu können. Ich habe auch heute keine andere Absicht und die Vorlage auch nicht, als zu beruhigen und nicht zu beunruhigen. Der Herr Abgeordnete hat dann eine Behauptung aufgestellt, die auch in anderen Reden seiner Parteigenossen, wenn auch in anderer Form, inzwischen aufgetreten ist. Er hat heute hier gesagt, er wolle unsere Staatsmänner vom Kriege dadurch abhalten, daß er ihnen nicht so viel Soldaten gebe. Herr Lieber hat das einmal so ausgedrückt; unsere Soldaten und Offiziere würden um so eifriger sein, wenn sie einer Mehrzahl von Feinden gegenüber stehen, und er hat, wenn die Zeitungen richtig referirten, ein ander Mal gesagt, je mehr Soldaten wir haben, umsomehr werden todtgeschossen. (Heiterkeit.) Man könnte etwa mit derselben Berechtigung folgern, daß, jemehr unsere Bevölkerungsziffer zunimmt, umsomehr auch die Todesfälle wachsen (Zustimmung), und in letzter Konsequenz dazu kommen, daß man am liebsten gar keine Soldaten hält; dann könnten auch keine todtgeschossen werden. Ich glaube, es giebt eine Richtung, die am liebsten jeden Krieg vermeiden möchte und sich keine Sorge macht, wie es uns im Kriege geht. Der Abg. Gröber ist auch wieder auf die Frage der Quantität und Qualität eingegangen. Es ist gar nicht möglich, die Frage so zu stellen: bist du ein Anhänger der Quantität oder der Qualität? und so ist nachgerade die Frage zugespitzt worden. Jeder Soldat wird zugeben müssen, daß die Quantität ihre Grenzen hat und die Qualität auch. Wir haben von Seiten der Sozialdemokraten Exemplifikationen auf den amerikanischen Krieg und gestern auf die Vendée bekommen, um uns zu beweisen, was die Milizen leisten. Die eine wie die andere dieser Citationen ist grundfalsch insofern, als diese Fälle genau das Gegentheil von dem beweisen, was die Herren beweisen möchten. Die Momente, welche den Krieg in der Vendée so lange dauern machten, waren der Royalismus und Katholizismus. Das aber beweisen diese drei Kriege: um so schlechter eine Truppe ist, um so blutiger und kostspieliger ist ein Krieg, und um so länger dauert er. Und dies Rezept giebt uns auch Herr Gröber. Wenn wir nach Frankreich kommen und dann eine Schlacht gewinnen und demnächst stehen bleiben sollten, so würde zunächst das Stehenbleiben nicht von uns, sondern von den Franzosen abhängen (Heiterkeit) und zweitens würde das eine Art des Kriegführens sein, die sich in infinitum hinzieht (Sehr richtig! rechts). Ich möchte an einem erinnerlichen Beispiele zu zeigen suchen, daß auch die beste Truppe bei ungenügender Quantität nicht im Stande ist, einen Erfolg zu erreichen. Ich werde an die Schlacht von Vionville anknüpfen. Daß wir damals eine Truppe hatten so gut wie die Welt keine hatte, wird Niemand bestreiten können. Wir standen einer Truppe gegenüber, die auch vorzügliche Eigenschaften hatte. Wir sind am 16. in die Schlacht gegangen und es haben Theil genommen von deutscher Seite 63 000 Mann gegen 113 000 Franzosen. Die Anhänger der Qualität sagen: seht ihr, mit 63 000 Mann besiegtet ihr 113 000. Richtig. Was war denn aber am Abend von Vionville? war da die deutsche Armee im Stande, die Franzosen zu verfolgen, den Sieg auszunutzen? Wie documentirte sich der Sieg? Nicht dadurch, daß wir die Franzosen von ihrem Boden herunterwarfen, sondern, daß sie es gerathener fanden, sich zurückzuziehen. Es verging der 17., und wir waren nicht im Stande, sie anzugreifen. Am 18. konnten wir das thun, als durch das Hinzukommen der deutschen Truppen sich das Verhältniß so verschoben hatte, daß wir mit 187 000 Mann gegen 112 000 Franzosen standen. Wir hätten siegen, aber niemals den Sieg verwerthen können, wenn wir nicht ein Plus gehabt hätten. Das beweist, daß auch die beste Truppe, wenn sie nicht überlegen ist an Zahl, Schwierigkeiten an der Ausnutzung des Erfolges hat. Wir würden niemals ein Gravelotte geschlagen und ein Sedan gewonnen haben, wenn wir nicht so zahlreich gewesen wären, die französischen Truppen zu umzingeln und zur Uebergabe zu zwingen. Man kann an Ort und Stelle, wo die Entscheidung fällt, niemals stark genug sein. Eine verhältnißmäßig kleine aber gute Truppe kann eine größere schlechte besiegen, aber niemals wird man sagen können, wir wollen lieber wenig Soldaten haben, weil dann eben wenig todtgeschossen werden können. Das Urtheil aller militärischen Autoritäten geht dahin: wir haben nicht die Zahl, die wir brauchen, um den Krieg zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Wir haben deshalb den Antrag gestellt, unsere Zahl zu vermehren. Die verbündeten Regierungen können von dieser ihrer Ueberzeugung nicht abgehen.

Abg. **Preiß** (Elsässer) erklärt, daß seine politischen Freunde die Vorlage ablehnten aus denselben Gründen wie früher. Im Wesentlichen stimmten sie überein mit dem, was die Abgeordneten Payer und Gröber vorgetragen hätten. Was man über die Elsaß-Lothringer sage, beruhe meist auf Unkenntniß. Sie befänden sich in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des deutschen Volkes. Sie stimmten aus volkswirthschaftlichen Gründen gegen die Vorlage und würden trotz aller Drohungen und Anfeindungen auf ihrem Standpunkte beharren. Sie sagten auch von sich: wir fürchten Gott und sonst Niemand auf der Welt und handelten lediglich nach ihrer Ueberzeugung und Gewissen. (Beifall bei den Elsaß-Lothringern.)

Abg. Dr. **Böckel** (Antis.) erklärt, seine Partei müsse noch weitergehende Garantien bezüglich der Deckung verlangen. Die Erklärungen des Reichskanzlers hätten ja einiges Entgegenkommen bewiesen, aber seine Partei könne sich noch nicht voll und ganz damit zufrieden erklären. Bezüglich der Börsensteuer sei die Aeußerung des Reichskanzlers klar, in den anderen Fragen aber noch etwas unklar. Seine Partei wünsche heute noch etwas klarere Aeußerungen, damit sie der Vorlage zustimmen könne. Sie seien gegen die frühere Vorlage hauptsächlich wegen der Bier- und Branntweinsteuer gewesen. Heute habe sich die Situation verändert; sie wären geneigt, zuzustimmen, wenn noch größere Klarheit über die neben der Börsensteuer geplanten Steuern geschaffen werde. Wenigstens wünschten sie die Erklärung, daß keine neue Konsumsteuer, wie auf Bier, Branntwein, Tabak 2c. kommen solle, die die breiten Volksmassen belaste. Auch wünschten sie keine Vergrößerung der Reichsanleihen. Mit den Anleihen müsse man endlich aufhören. Auch vor Einführung der Matrikularbeiträge müsse er warnen. Die Einzelstaaten seien belastet genug. Vor Allem sei die neue Steuer bei der Börse zu suchen, in einer energischen Besteuerung der ausländischen Werthe, einer Emissionssteuer, einer Umgestaltung der jetzigen Börsensteuer. Ferner empfehle sich eine Luxussteuer, event. eine Wehrsteuer, wenn sie so gestaltet werde, daß das Vermögen der vom Militärdienst Befreiten besteuert werde. Auch eine progressive Reichseinkommensteuer sei ins Auge zu fassen. Nur so komme man zu einer wirklichen progressiven Einkommensteuer; in den Einzelstaaten werde dies wegen des Wahlsystems nicht gelingen. Eine solche Steuer sei um so nothwendiger, als noch viele ungerechte Steuern beständen, wie z. B. der Kaffeezoll. Die immer mehr anschwellenden großen Vermögen bildeten eine Gefahr, der nur durch die progressive Einkommensteuer zu begegnen sei. Er rage auf die Gefahr hin, als Sozialdemokrat bezeichnet zu werden, daß das Anwachsen der großen Vermögen, wie das der Bleichröder, Rothschild 2c. zu verhindern sei. Weiter wünscht Redner, daß die Militärverwaltung ihre Bedürfnisse direkt von den Produzenten entnehme und die kleinen Städte mehr berücksichtige. Sie solle diesen nicht die Garnisonen nehmen, sondern die Armee mehr disloziren. Einen Wunsch besonders könne er nicht unterdrücken: daß diese Vorlage nun die letzte sein möge. (Zustimmung) Es sei endlich an der Zeit, bei der traurigen Lage des Mittelstandes aufzuhören mit der Vermehrung der Armee. Das Fundament des Staates und des Heeres sei der Wohlstand der Bevölkerung, insbesondere des Mittelstandes, Frankreich gegenüber könnten wir mit unseren Rüstungen abschließen, denn dies könne nicht weiter. Rußland angehend, so hätten wir den Dreibund. Mit den russischen Zahlen könnten wir nicht konkurriren; wir müßten uns Rußland gegenüber auf die moralische Ueberlegenheit verlassen. Redner erklärt sich gegen einen Handelsvertrag mit Rußland. Man schließe doch nicht solche Verträge mit dem Feinde. Die Hauptaufgabe des Reichstages müsse darin bestehen, sich der Lage des arbeitenden Standes, besonders des Mittelstandes anzunehmen.

Reichskanzler Graf **v. Caprivi**: Der Vorredner hat eine so große Menge von Fragen an mich gerichtet, daß es die Arbeit von Hunderten von Beamten auf viele Zeit in Anspruch nehmen würde, eingehend darauf zu antworten. Der Geist und die Phantasie der Abgeordneten kann schnell über die Dinge hinfliegen, die Regierung aber, die eine Vorlage machen soll, muß sich in die Dinge vertiefen und kann nicht so schnell darauf Antwort geben. (Sehr richtig!) Was die Frage nach der Deckung angeht, so würde ich fürchten, den Vorwurf, den Gröber mir gemacht hat, zu verdienen, wenn ich irgend eine andere Antwort abgeben wollte, als vorher. Ich habe da gesagt, was zu sagen ist, und ich möchte glauben, daß das Wesentliche darin enthalten ist. Wenn er sagt, die Reichen müssen herangezogen werden, so antworte ich: ja wohl, das will ich auch. Wir würden uns aber vielleicht beide über den Begriff in Differenzen befinden. Es müßte erst festgestellt werden: wer ist im Sinne der Regierung ein reicher Mann. Aber der Vorredner hat keinen Grund sich zu beunruhigen. Ich stimme mit ihm auch darin überein, daß das Schuldenmachen vom Reich ein Uebel ist. Ob wir damit werden aufhören können, ist fraglich. Ich würde als näheres Ziel ins Auge fassen, die vorhandenen Schulden allmählich zu amortisiren. Auch in Bezug auf die Matrikularbeiträge stimme ich ihm bei, und das ist ja schon öfter ausgesprochen, daß sie ein Uebelstand sind. Nur über das Mittel, sie zu beseitigen, ist man noch zu keinem Einvernehmen gelangt. Es ist auch schwer abzusehen, wie man ganz darauf wird verzichten können, denn in extremen Verhältnissen wie im Kriege kann die Nothwendigkeit vorliegen, zu solchen Beiträgen wieder zurückzugreifen. Ich kann an den Vorredner nur die Bitte richten, die ich gestern an das ganze Haus gerichtet habe, das Vertrauen zu der Regierung zu haben, daß sie in dem gestern ausgesprochenen Sinne ihr Möglichstes thun wird, um die Deckungsfrage zu einer gedeihlichen Lösung zu führen.

Abg. **Richter** (freis.) erklärt, daß seine Partei nach wie vor auf dem alten Standpunkt stehe. Auch die Veränderungen innerhalb der Partei und die Verminderung ihrer Stärke habe daran nichts geändert. Nationalliberalen hätten noch nie die Probe darauf gemacht, was sie ohne die Krücke der Regierung vermöchten. (Unruhe und Widerspruch bei den Nationalliberalen) Wo wären sie geblieben, wenn sie auf dem Standpunkte des Herrn v. Bennigsen verharrt hätten, statt rechtzeitig den Anschluß an die Regierung zu suchen? Die Freisinnigen hätten, wie keine andere Partei den Kampf gegen zwei Fronten zu führen gehabt. Ihre Verluste bewiesen nichts für die Militärvorlage. Hätten doch die Sozialdemokraten den Hauptgewinn davon gehabt. Sie könnten stolz darauf sein, daß sie an kein Sonderinteresse appellirt hätten. Könnten die Nationalliberalen das von sich sagen? Sie seien mit Agrariern und Antisemiten vor der Wahl Kapitulationen eingegangen. Die Nationalliberalen hätten hunderttausende von Stimmen seit 1890 verloren. Ohne Stichwahlen und fremde Hilfe würden sie noch nicht einmal im Seniorenkonvent haben erscheinen können. Hunderttausende konservativer Stimmen hätten sie bei den Hauptwahlen erhalten. Das sei geschehen auch Furcht vor den Freisinnigen, so in Westhavelland, wo sie noch nicht 1000 eigene Stimmen zählten. Im parlamentarischen Leben sei der nicht verloren, der sich nicht selbst verloren gebe und so habe er die Ueberzeugung, daß seine Partei wieder stärker werden würde; die Stärke derselben habe schon wiederholt gewechselt. Die Zahl der auf Gegner der Militärvorlage gefallenen Stimmen sei um viele hunderttausende größer, als die für Freunde derselben abgegebenen. Auch die Mehrheit der Wahlkreise habe sich gegen die Vorlage ausgesprochen. Herr v. Manteuffell habe die Thätigkeit des Bundes der Landwirthe gerühmt. Aber was wäre der Bund der Landwirthe gewesen ohne das Bündniß der Landräthe! (Zustimmung.) Auch die Antisemiten hätten noch nicht die Probe gemacht, daß sie ohne die Krücke der Regierung in den Reichstag kommen könnten. Die kleinen Leute seien bei den Wahlen nicht frei gewesen. Von allen Seiten sei ein Druck auf sie ausgeübt worden und die Stimmabgabe sei von den Arbeitgebern kontrolirt worden. Das ist der Triumph der Staatskunst des Herrn Reichskanzlers, daß das Zünglein der Wage bei der Fraktion des Herrn Böckel ist. Er ist der Gönner des Reichskanzlers, und ich kann es ihm nicht übel nehmen, wenn er die Situation auszunutzen sucht. Sie kommt nicht wieder. (Heiterkeit) Ist die Militärvorlage vorüber, dann hat das Centrum das Schicksal der Steuervorlage in der Hand. Was Herr v. Bennigsen empfiehlt, ist der Appell an die Krämer- und Philisterseelen, der Regierung ja keine Opposition zu machen, damit die Geschäfte nicht gestört werden. „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht.“ Was hat denn die Beunruhigung in die Erwerbsverhältnisse getragen: Die Drohung mit einer Revolution von oben. (Unruhe rechts. Beifall links.) Selten sei die politische Situation so ruhig gewesen, wie während der Berathung der Militärvorlage; endlich sei den Freunden der Militärvorlage der Studentenkrawall zu Hülfe gekommen. Deutschland rüste Dich, denn was für schlechte Studenten giebt es in Paris! Was durch die Krawalle erschüttert wird, ist doch bloß die Bündnißfähigkeit Frankreichs. Und diese Bündnißfähigkeit ist doch allein die Gefahr. Die Angstmeierei, die aufgeführt wird, gegenüber den Studentenkrawallen, erschüttert das Ansehen des deutschen Reiches mehr als irgend etwas anderes. Wenn man auf das Ausland hören will, warum sieht man denn nicht auf die Erklärungen, die Kalnoky mitten während der Wahlbewegung abgegeben hat? Wenn man Herrn von Bennigsen hört, sollte man glauben, daß er von jeher für die Regierungsvorlage gewesen wäre. Und doch ist er früher nicht bereit gewesen, über 49 000 Mann hinauszugehen — ein Vorschlag, für den bei einigem Entgegenkommen der Regierung eine Mehrheit wohl zu finden gewesen wäre — und doch hat er früher darüber geklagt, daß in Preußen die Kulturaufgaben in geradezu beschämender Weise zurückgestellt werden müßten, und doch hat er darüber geklagt, daß Caprivi bei seinem Festhalten an seiner Forderung die Unterscheidung zwischen dem Nothwendigen und dem nur Wünschenswerthen fehle. Ueber die Steuern hat der Reichskanzler sich bis auf die Börsensteuer nur negativ ausgesprochen. Die Bereitwilligkeit gewisser Börsenkreise, für die Militärvorlage einzutreten, hat auf den Reichskanzler solchen Eindruck gemacht, daß er sich sagt: ei, den Leuten kannst Du ja noch mehr auflegen. Die Zusicherung, es sollen die Steuern auf die leistungsfähigen Schultern gelegt werden, ist werthlos. Das ist eben die große Frage, welche Schultern leistungsfähig sind. Die Zusage, es solle die Landwirthschaft nicht belastet werden, nimmt denjenigen die letzte Hoffnung, welche erwartet hatten, es würde durch Verminderung der Zuckerausfuhrprämien und der Branntweinsteuerliebesgabe ein Theil der Kosten aufgebracht werden. Ich möchte Herrn Böckel aber bitten, so lange er noch einflußreich ist, sich einen Revers vom Reichskanzler darüber ausstellen zu lassen, daß nicht etwa ein Spiritusmonopol kommt. Ein Projekt dafür haben die Herren Brenner ja schon fertig. Herr Miquel, dem die Agrarier zu lebhaftem Dank verpflichtet sind, (Abg. v. Kardorff: Sind wir auch!) ist ja schon dafür in Aussicht genommen, die Dinge nach den Wünschen der Herren Agrarier in Ordnung zu bringen. Redner führt dann aus, daß das französische Kadresgesetz unsere Militärvorlage nicht rechtfertigen könne, da sie nur das Schlußstück der Armeereform von 1886 sei. In Frankreich sei dem Parlament ein weit größerer Einfluß auf die Gestaltungen der Heereseinrichtungen eingeräumt als bei uns; dort wäre es unmöglich, daß ein Ministerpräsident gleich bei der ersten Lesung erklärt hätte, er lasse sich auf nichts Anderes ein. Es zeige das, daß militärische Interessen noch niemals so einseitig maßgebend gewesen wie jetzt. Der einzige Hort gegenüber den militärischen Einflüssen sei der Reichstag. Wenn wir auf unserer Ueberzeugung beharren, so thun wir es im Interesse des Vaterlandes. (Beifall links.)

Abg. Dr. **v. Jazdzewski** (Pole): Meine Fraktion hat einmüthig beschlossen, in eine materielle Erörterung der Heeresvorlage nicht einzutreten. Die Reserve, die sich die polnische Fraktion auferlegt wegen der großen Schwierigkeiten, die wir im Staate und Reiche haben, wird hoffentlich den hohen Reichstag bewegen, uns in eine materielle Erörterung der Frage nicht hineinzulocken. Die Erklärung, die ich abzugeben habe, ist folgende: Wir werden für die Vorlage der verbündeten Regierungen eintreten. (Lebh. Bravo rechts). indem ich das bemerke, erkläre ich zugleich, daß wir das nicht etwa aus Liebedienerei den verbündeten Regierungen und der preußischen Staatsregierung gegenüber thun. Wir thun das in der Ueberzeugung, daß wir auf diese Weise einzig und allein die Interessen, welche uns unsere Wähler anvertraut haben, richtig vertreten und vertheidigen können. Wir hoffen von der königlichen Staatsregierung in Preußen und von der Reichsregierung, daß sie unserer schwierigen Stellung Rechnung tragen und was in ihren Kräften liegt thun wird, eine Linderung auf den Gebieten herbeizuführen, welche bei uns eine große Mißstimmung hervorbringen und die Gemüther und Herzen unserer Landsleute bewegen. (Abgeordneter Singer: Wenn Ihr Euch nur nicht irrt!) Wir glauben, daß wenn wir in dieser loyalen Weise auftreten, wir auch eine loyale Antwort bekommen werden. Wir haben unsere Schuldigkeit gethan und hoffen, die Regierung wird es auch thun. (Beifall rechts.)

Abg. **Rickert** (Freis. Ver.) protestirt gegen die Bemerkung Payers, daß diejenigen, die sich noch für die Vorlage würden gewinnen lassen, nicht aus Ueberzeugung, sondern aus Staatsklugheit handeln würden. Ihn lasse dieser Vorwurf kalt. (Gelächter links.) So viel Charakter wie Sie (zu den Socdem.) habe ich auch noch (Gelächter links. Ruf: Hampelmann!) Sei es denn ein Fehler, sich eines Besseren belehren zu lassen? Die Regierung selber habe ja bei Beginn der Berathung nicht gewußt, daß wir noch eine so kolossale Menge von Diensttauglichen zur Verfügung hätten. Wenn er dem Grundgedanken der Vorlage zustimme, so verletze er durchaus nicht das freisinnige Programm, das Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht verlange, ein Ziel, welches die Vorlage noch garnicht einmal annähernd erreiche. Da wir sähen, daß die Franzosen mit kolossaler Kraft rüsteten, da sogar vom Vorwärts ihre Ueberlegenheit zugestanden werde, so bleibe uns eben nichts anderes übrig, als einen Theil unserer Kräfte verfügbar zu machen. Würden wir das Milizsystem nach dem Muster der Schweiz einführen, so würden wir, unter Zugrundelegung des schweizerischen Militäretats, nicht zu einer Herabminderung, sondern Verstärkung der Kosten gelangen. Seit 3 Decennien habe man um das kostbare Gut der zweijährigen Dienstzeit gekämpft, und jetzt wolle man es zurückweisen? Er hoffe noch immer, daß der Reichskanzler sich werde bereit finden lassen, die zweijährige Dienstzeit ebenso gesetzlich festzulegen, als die Kompensationen. Daß die Steuern nicht vorher, sondern erst nachher beschlossen würden, sei doch nichts Ungewöhnliches. Einer Börsensteuer werde er zustimmen, wenn sie den Verkehr nicht erschwere, und nicht Geschäfte, die jetzt bei uns gemacht würden, ins Ausland gedrängt würden. Eins sei nothwendig, nämlich festzulegen, daß die nothwendigen Lebensmittel nicht belastet werden. Bei der zweiten oder dritten Lesung werde er in Form einer Resolution eine Beruhigung darüber zu gewinnen suchen, daß die ärmeren Klassen von den Steuern nicht getroffen werden dürfen. So sehr er den liberalen Ideen ergeben sei, so würde er doch aus den Reihen des Liberalismus austreten, wenn dieser es ihm unmöglich machte, nach seiner Ueberzeugung für die Vertheidigung des Vaterlandes einzutreten. (Bravo! rechts.) Das thue aber der Liberalismus nicht. Ein alter Demokrat, Franz Ziegler, habe das Wort gesprochen: kommt es auf die Sicherheit des Vaterlandes an, so nehme ich keine Rücksicht. Das thue auch er nicht; er respektire die Anschauungen der Gegner der Vorlage, verlange aber auch seiner Zustimmung wegen nicht verdächtigt zu werden. Liberalismus und Sorge für die Wehrhaftigkeit sei wohl mit einander vereinbar. Er hoffe, mit der Regierung zu einer Verständigung zu gelangen zum Wohle des Vaterlandes. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Die Debatte wird geschlossen, da Niemand mehr zum Worte gemeldet wurde.

Es folgen noch einige persönliche Bemerkungen.

Abg. **Dr. Lieber** erklärt dabei, der Reichskanzler habe ihm verschiedentlich Anlaß zu persönlichen Bemerkungen gegeben. Da er jedoch bei der zweiten Lesung einige sachliche Bemerkungen zu machen gedenke und dabei auf die persönlichen Liebenswürdigkeiten des Reichskanzlers eingehen könne, so verzichte er heute auf eine Antwort.

Abg. Frhr. **v. Stumm** verwahrt sich dem Abg. Gröber gegenüber dagegen, als habe er als Großindustrieller persönliche Vortheile von der Annahme der Vorlage.

Abg. **Gröber** erklärt, daß er einen solchen Vorwurf dem Frhrn. v. Stumm gar nicht gemacht habe. Er werde aber an das Sprichwort erinnert: Qui s' excuse, s' accuse.

Damit ist die erste Berathung der Militärvorlage erledigt.

Der Präsident bringt noch folgende vom Abg. Bebel eingebrachte Interpellation zur Kenntniß.

Die Unterzeichneten richten an den Herrn Reichskanzler die Anfrage: Sind dem Herrn Reichskanzler die Aeußerungen bekannt geworden, welche nach dem bis heute unwidersprochen gebliebenen Bericht der Presse der Polizeipräsident Feichter in Straßburg i. E. in amtlicher Eigenschaft gegen elsaß-lothringische Staatsangehörige sich erlaubt hat, und was gedenkt der Herr Reichskanzler auf diesen Vorgang hin, falls er sich bewahrheiten sollte, gegen den Polizeipräsidenten zu thun?

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr: Interpellation Osann betr. Verlegung der Manöver; Interpellation Bebel betr. das Auftreten des Straßburger Polizeipräsidenten; zweite Lesung der Militärvorlage. Schluß 3 Uhr.

Nach der ersten Lesung der Militärvorlage.

□ **Berlin**, 9. Juli.

Nicht das am wenigsten Bemerkenswerthe an der gestrigen Reichstagssitzung war, daß Graf Caprivi zwar dem Abg. Böckel, nicht aber Herrn v. Jazdzewski und dem Abg. Rickert antwortete. Zwar der polnische Redner brachte keine Bedenken vor, die zu beschwichtigen gewesen wären, aber der Abg. Rickert that es, ohne daß der Reichskanzler ihn in derselben Weise „beruhigt“ hätte, wie er es gegenüber dem antisemitischen Redner that. Allerdings ist ein Unterschied da: Die Schwierigkeiten, die die liberale Vereinigung macht, werden

vom Grafen Caprivi gleichsam stehen gelassen werden, wo sie eben stehen, und die leitenden Militärs bauen darauf, dürfen nach Lage der Sache auch darauf bauen, daß die Sezessionisten einfach zustimmen werden, auch wenn ihre Wünsche unerfüllt bleiben. In der Form einer Resolution werden die Sezessionisten sich mit ihren Bedenken abfinden.

Es charakterisirt die Lage, daß Herr Böckel für den Reichskanzler ein weit ernster zu nehmendes Hinderniß darbot. Diese sogenannte „Reformpartei", die jetzt so thun will, als könne sie den antisemitischen Ursprung abstreifen, ist mit ganz merkwürdig „staatsmännischen" Allüren auf den Plan getreten. Herr Böckel hat wie eine von Macht zu Macht verhandelnde Größe seine Bedingungen gestellt, und ein regelrechtes Paktiren hat stattgefunden. Im Reichstage erzählte man sich, daß ein konservativer Abgeordneter der Bevollmächtigte des Herrn Böckel gewesen ist, und daß dieser konservative Abgeordnete alsdann mit dem Staatssekretär von Marschall Besprechungen gehabt hat, als deren Ergebniß der gestrige Austausch von Reden zwischen dem Abgeordneten für Marburg und dem Reichskanzler anzusehen ist. Schon als der Abg. Böckel das Wort nahm, wußten hiernach Eingeweihte ganz genau, nicht bloß, was er selber sagen werde, sondern auch, daß ihm Graf Caprivi unverzüglich und wohlwollend antworten werde. Programmmäßig ging dann die Sache vor sich, und es war keine rhetorische Floskel, sondern der wirkliche Ausdruck der Situation, wenn der Abg. **Richter** davon sprach, daß Herr Böckel das Zünglein an der Waage bilde. Thatsächlich lag und liegt die Entscheidung bei ihm. Man könnte ja auch sagen: sie liegt bei den anderen kleineren Fraktionen, bei den Polen und den Sezessionisten. Aber nur obenhin träfe das zu. Von den Sezessionisten war es Wissenden niemals zweifelhaft, daß sie für die Militärvorlage stimmen werden. Bei den Polen konnte allerdings die blinde Willkür eines Zufalls bei der Abstimmung in der Fraktion dahin führen, daß eine ablehnende Mehrheit eine zur Zustimmung bereite Minderheit auf ihre Seite gebracht hätte. Aber eben nur die äußerliche Gleichwerthigkeit zweier verschiedener Richtungen brachte es im polnischen Lager vorübergehend zur Krise, und weniger von ihnen aus und aus den Bedingungen der polnischen Politik als aus der ungewöhnlichen Eigenartigkeit des polnischen Fraktionsstatuts kamen hier die Schwierigkeiten. Anders steht es mit den Böckelschen Antisemiten, die ja die einzige Gruppe darstellen, die jetzt entgegen ihrem Votum vom sechsten Mai stimmen wollen. Es kommt hinzu, daß die Antisemiten im Hochmuth ihrer Wahlsiege es am Ende gar noch als einen Gewinn betrachtet hätten, wenn zum zweiten Male aufgelöst worden wäre.

Im Reichstage wollte man gestern wissen, daß ziemlich ein Drittel des **Centrums** für die Militärvorlage stimmen würde, wenn Graf Caprivi sich entschließen wollte, eine Reichswehrsteuer auf Vermögen von 12 000 Mark an zu legen. Diese Angabe wird aus dem Centrumslager sehr energisch bestritten. Praktisch kommt nicht viel darauf an, ob es sich so verhält, da der Reichskanzler eine derartige Erklärung nicht abgeben wird. Von Interesse war es, die Mienen sowohl der konservativen wie der sozialdemokratischen Abgeordneten bei der Böckelschen Rede schärfer zu beobachten. Diese Mischung von agrarischer Grundstimmung und antikapitalistisch-sozialistischen Umwälzungsgedanken, mit der die Antisemiten so gute Geschäfte gemacht haben, war den Extremen auf den beiden Endpunkten des politischen Lebens ersichtlich gleicher Weise unbequem. Im Ganzen hätte die gestrige Verhandlung etwas Mattes, Kopiemäßiges gehabt, wenn nicht die Richtersche Rede und die Entgegnung Rickerts den scharfen Zug einer veränderten Situation in das Bild gebracht hätte. Diese Auseinandersetzung zwischen den beiden gespaltenen Gruppen der ehemals freisinnigen Partei mußte ja kommen, und da sie unvermeidlich war, so kann man sagen, daß sie in Formen sich bewegt hat, die die Erinnerung an die einstmalige Gemeinschaft respektirten. Aber eine Stimmung tiefster Bitterkeit ging gleichwohl durch beide Reden, und wohl nur darum nannten sich die Redner nicht, obwohl sie einander meinten, weil sie sich davor scheuen mochten, durch direkte gegenseitige Angriffe in noch größere Leidenschaftlichkeit versetzt zu werden. Wer immer noch geglaubt hat, daß sich eine Brücke zwischen der Freisinnigen Volkspartei und der Liberalen Vereinigung schlagen lasse, der wird seit gestern für absehbare Zeit von diesem Wahne lassen müssen. Es sind vielleicht weniger die einander entgegenstehenden Grundsätze als ihre Vertretung durch die leitenden Personen, die eine Vereinbarung ausschließen.

Von der Gröberschen Rede meinen Manche, daß sie Herr Lieber auch hätte halten können. Nach unserer Empfindung thut man Herrn Gröber damit Unrecht; er ist denn doch die höhere „Nummer", und vollständig unverständlich wird es dem Beobachter jetzt, wo der Abg. Gröber so ausgezeichnet gesprochen hat, daß sich das Centrum eine „Führerschaft" wie diejenige des Herrn Lieber gefallen lassen kann. Wie die Konservativen über die bestimmte Grenzabsteckung denken, die der Abg. v. **Bennigsen** ihnen gegenüber vornahm, darüber wird man vielleicht aus den weiteren Verhandlungen unterrichtet werden. Jedenfalls war es dankenswerth und mußte einmal gerade von nationalliberaler Seite ausgesprochen werden, daß die Konservativen gar keine Veranlassung zum Triumphiren haben, es sei denn, daß sie sich dieselben Antisemiten zuzählen wollen, die mit der Eroberung konservativer Mandate in den Reichstag eingezogen sind.

Frankreich.

* Die Schließung der Arbeitsbörse und die Studentenkrawalle in Paris haben nun auch zu einer **Ministerkrisis** geführt. Ueber die Verhandlungen der Deputirtenkammer am Sonnabend, welche den verschiedenen Interpellationen über die Studentenkrawalle und die Schließung der Arbeitsbörse gewidmet waren, wird gemeldet:

Paulin Méry interpellirte über die Schließung der Arbeitsbörse und warf der Regierung vor, aus der Agitation eine Emeute gemacht zu haben, um den Truppen die Thore von Paris zu öffnen. (Murren im Centrum, Beifall auf der äußersten Linken.) **Dreyfus** interpellirte alsdann über die Unruhen im Quartier Latin und hob tadelnd hervor, daß die Polizei ein wahres Blutbad veranstaltet habe. (Lebhafte Protestrufe im Centrum.) Der **Ministerpräsident Dupuy** bezeichnete diese Anschuldigungen als vollständig unbegründet. Dreyfus tadelte hierauf das Eingreifen der bewaffneten Macht, deren einzige Aufgabe sei, das Vaterland zu vertheidigen, nicht aber auf das Volk zu schießen. (Beifall auf der äußersten Linken.) **Tony Revillon** erklärte, die Arbeitsbörse sei geschlossen worden, ohne die Entscheidung des Gerichtshofes abzuwarten und ohne daß man genügende Beweggründe gehabt habe, denn unter den Meuterern habe sich auch nicht ein einziger Arbeiter befunden. Die Arbeiter seien der Republik zugethan. (Beifall.) Der sozialistische Deputirte **Dumay** verlangte, daß **die Regierung in Anklagezustand versetzt werde**. (Beifall auf der äußersten Linken und auf den Tribünen.) Ministerpräsident **Dupuy** sprach darauf sein Bedauern über die traurigen Vorgänge der letzten Tage aus. (Heftige Zwischenrufe auf der äußersten Linken.) Dreyfus habe die Vorfälle im Quartier Latin ganz übertrieben dargestellt. Dupuy legte sodann die thatsächlichen Vorgänge in der Umgebung der Charité dar und sagte bezüglich der Arbeitsbörse, der Charakter des Instituts habe sich geändert. Die Arbeitsbörse sei eine Gefahr für die Arbeiter selbst geworden. (Protestrufe auf der Linken.) Die Syndikate hätten sich geweigert, sich dem Gesetze zu unterwerfen, trotz einer ausdrücklichen Aufforderung der Regierung und trotzdem ihnen eine Nachfrist hierzu gewährt sei. Die Truppen seien herangezogen, weil die Anwesenheit derselben allein genügen sollte, die Ordnung wieder herzustellen. (Beifall.) (Zuruf Mérys: „Sie sind ein Stambulow.") Dupuy schloß, die Regierung habe ihre Pflicht gethan, indem sie das Gesetz vertheidigte, und sie verdiene auch die Achtung ihrer Mitbürger. (Anhaltender Beifall im Zentrum, welches dem Ministerpräsidenten eine lebhafte Ovation bereitete.) **Millerand** behauptete darauf, die Regierung habe durch die Schließung der Arbeitsbörse das Gesetz verletzt. Sie halte die den Arbeitern gemachten Versprechungen nicht. Der Minister wisse nicht, wohin die Politik der Provokationen und der Beschimpfungen der Arbeiter führe. (Lebhafte Protestrufe auf der Ministerbank.) **Brisson** warf der Regierung vor, daß sie Zwietracht unter die Republikaner säe, und protestirte gegen das brutale Vorgehen der Polizei. Der Ministerpräsident Dupuy versprach sodann, daß die Polizei reorganisirt werden solle. Hierauf wurde mit 343 gegen 144 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, durch welche die Erklärungen der Regierung gebilligt werden.

Nach Schluß der Kammersitzung am Sonnabend begab sich der **Finanzminister Peytral** zu dem Ministerpräsidenten Dupuy und überreichte demselben **seine Demission**. Aeußerlich scheint diese Demissionirung mit den Pariser Krawallen in keinem Zusammenhange zu stehen, denn wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, soll Peytral um deßwillen seine Entlassung eingereicht haben, weil die Majorität, welche gestern die Vertagung der Interpellation über die gesetzliche Stellung der Ordensgesellschaften auf einen Monat beschloß, mit Hilfe der Rechten zu Stande gekommen ist, während Peytral der radikalen Gruppe angehört. Derselbe weigert sich bis jetzt, von seiner Demission Abstand zu nehmen. Der Ministerpräsident Dupuy ist nach Marly gefahren, um den Präsidenten Carnot zu informiren. — Der Rücktritt des Finanzministers Peytral wird von einzelnen Blättern wegen der schwebenden Budgetberathung als ein sehr ernster Zwischenfall angesehen.

Lokales.

Posen, 10. Juli.

* **Personalnotiz.** Der Referendar **Vieregge** aus Schneidemühl hat die Prüfung als Gerichtsassessor bestanden.

p. **Das große Stationsgebäude in Bentschen** ist über Nacht vollständig **niedergebrannt**. Das Feuer ist, wie von Reisenden erzählt wurde, gestern Abend gleich nach 8 Uhr ausgebrochen.

p. **Wahl von Delegirten zum Parteitag der Freisinnigen Volkspartei.** Zu Sonnabend Abend hatte der Vorstand des hiesigen Freisinnigen Vereins eine Versammlung nach dem Lambertschen Saal einberufen, die bei dem schönen Sommerwetter, das den Aufenthalt im Freien noch bis in die späten Abendstunden gestattete, natürlich nur schwach besucht war. Die Wahl der beiden vom Vorstande vorgeschlagenen Herren, Stadtrath **Jäckel** und Rechtsanwalt **Landsberg**, erfolgte widerspruchslos, worauf die Versammlung nach kurzer Dauer geschlossen wurde.

* **Neue Telegraphenstelle.** Bei der Posthilfsstelle in Hermsdorf (Bez. Posen) wird am 10. Juli Telegraphenbetrieb mit beschränktem Tagesdienst, sowie der telegraphische Unfallmeldedienst eingerichtet. Die zur Einlieferung gelangenden, auf Unfall sich beziehenden Telegramme werden jederzeit, also auch des Nachts, unter Mitwirkung des als Ueberweisungsanstalt dienenden Postamts in Prittisch unverzüglich zur Beförderung gelangen.

* **Gerüchte von einem Brande,** welcher gestern im Kobylepoler Walde gewüthet haben sollte, gelangten heute Morgen zu uns, dieselben trugen allerdings von vornherein den Stempel der Unwahrscheinlichkeit. Auf die von uns in Kobylepole selbst eingezogenen Erkundigungen erfahren wir nun, daß gestern Nachmittag gegen 5 Uhr, wahrscheinlich in Folge von Brandstiftung, einige Holzklaftern verbrannt sind. Da aus Kobylepole sofort Löschhilfe zur Stelle war, konnte das Feuer in kurzer Zeit gelöscht und die Weiterverbreitung desselben verhindert werden. Von einem Waldbrande kann also gar keine Rede sein.

p. **Mit der Verbreiterung der Berliner Thorpassage** soll am nächsten Montag endlich begonnen werden. Wie seiner Zeit erwähnt, sollen besonders die Bürgersteige in der Durchführung der Straße durch das Glacis eine angemessene Breite erhalten. Der Abbruch des Königsthores ist bis zum nächsten Jahr verschoben worden.

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 9. Juli. Heute Vormittag fand hier die 300jährige Gedenkfeier der Einweihung der königl. Schloßkirche unter zahlreicher Theilnahme aller Kreise der Bevölkerung statt. Der Kaiser hatte als Vertreter den Generaladjutanten Grafen von Lehndorff entsandt. Die Spitzen der Militär-, Provinzial- und der städtischen Behörden waren vollzählig erschienen, desgleichen zahlreiche Mitglieder der Universität. Mit der Gedenkfeier war die Einweihung der neuen Orgel verbunden. Die Festpredigt hielt Generalsuperintendent Pötz.

Breslau, 8. Juli. In der am heutigen Nachmittag beendeten wiederholten Schwurgerichtsverhandlung wurde der praktische Arzt Dr. med. Karl Schwand nur in drei Fällen des im § 219 des Strafgesetzbuches mit Strafe bedrohten Verbrechens für schuldig erklärt und zu einer Gesammtstrafe von 5 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurtheilt.

Kiel, 8. Juli. Die Konferenz von Sekretären der deutschen Handels- und Gewerbekammern, welche hier unter dem Vorsitz von Gensel-Leipzig tagte, war von etwa 50 Theilnehmern besucht. Die Konferenz erledigte die Tagesordnung und beschloß unter anderem den Handelskammern zu empfehlen, die Herstellung einer Statistik der industriellen Produktion zu versuchen. Die nächste Konferenz soll im Jahre 1895 in Nürnberg abgehalten werden.

Altena, 8. Juli. Das königl. Eisenbahn-Betriebsamt macht bekannt: Altena, den 8. Juli. Gestern Abend 6 Uhr 42 Min. **überfuhr** Personenzug 32 der Nebenbahn Marburg-Creuzthal auf dem beim Amtshause belegenen Straßenübergang vor Bahnhof Creuzthal einen **Jagdwagen**, welcher mit 9 von einem Ausfluge zurückkehrenden Personen besetzt war. 4 **Personen erlitten schwere** — hierunter eine lebensgefährliche — die übrigen **leichte Verletzungen**. Die Untersuchung bezüglich der Schuldfrage ist sofort eingeleitet worden.

Eisenach, 8. Juli. Aus Anlaß des 40jährigen Regierungsjubiläums des Großherzogs war die Stadt reich beflaggt. Auf der Wartburg fand Hoftafel statt, zu welcher auch die Minister aus Weimar hinzugezogen waren. Weitere Festlichkeiten waren auf Wunsch des Großherzogs unterblieben.

Starnberg, 9. Juli. Der pensionirte Generallieutenant von Lutz, welcher 1866 das Portefeuille des Kriegsministers inne hatte, ist gestorben.

Wien, 9. Juli. Heute Vormittag fand auf dem Rathhause ein von etwa 10 000 Personen, darunter vielen Frauen besuchtes Arbeitermeeting statt, dem auch mehrere Reichsrathsabgeordnete beiwohnten. Eine Resolution zu Gunsten des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes wurde angenommen. Gruppenweise verließen die Arbeiter unter Hochrufen auf die Internationale den Versammlungsort. Ein Zwischenfall ist nicht vorgekommen.

Pisa, 9. Juli. Heute Vormittag platzte unter den Arkaden des erzbischöflichen Palastes eine Bombe. Eine Säule wurde zerschmettert. Personen wurden nicht verletzt.

Paris, 8. Juli. Heute Vormittag herrschte in den Straßen völlige Ruhe. Ein Manifestant, welcher bei den Unruhen im Quartier Latin verwundet worden war, ist in der vergangenen Nacht im Krankenhaus gestorben.

Paris, 9. Juli. Das Schiedsgericht über die Fischereifrage im Behringsmeer hat seine Verhandlungen abgeschlossen. Der Urtheilsspruch wird vermuthlich Ende dieses Monats erfolgen. — Der Verwaltungsrath der Suezkanal-Gesellschaft wählte Ferdinand v. Lesseps zum Präsidenten wieder. — Wie die Blätter melden, ist der Obmann des Studentenkomitees, Carrère, in vergangener Nacht von Agents provocateurs überfallen und schwer verwundet worden. Gemeinderäthe und Deputirte wollen die Angelegenheit zuständigen Orts zur Sprache bringen.

Paris, 10. Juli. Minister Peytral nahm seine Demission wieder zurück. Der Ministerrath beschloß gestern in einer Abendsitzung die Reorganisation der Polizei in Erwägung zu ziehen; der Polizeipräfekt Lozé erhält einen diplomatischen Posten.

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 8. Juli. (Schlußkurse.) Matt.
Neue 3proz. Reichsanleihe 87,00, 3½ proz. L.-Pfandbr. 98,60, Konsol. Türken 21,85, Türk. Loose 88,50, 4proz. ung. Goldrente 95,75, Bresl. Diskontobank 101,00, Breslauer Wechslerbank 98,50, Kreditaktien 205,75, Schles. Bankverein 115,75, Donnersmarckhütte 89,00, Flöther Maschinenbau —,—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 121,00, Oberschles. Eisenbahn 49,00, Oberschles. Portland-Zement 79,50, Schles. Cement 131,00, Oppelner Zement 93,00, Kramsta 130,25, Schles. Zinkaktien 185,00, Laurahütte 103,85, Verein. Oelfabr. 91,50, Oesterreich. Banknoten 165,00, Russ. Banknoten 215,85, Giesel Cement 83,50, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 92,50. Breslauer elektrische Straßenbahn 120,50.

Petersburg, 8. Juli. Wechsel auf London 94,05a94,10, Wechsel auf Berlin —,—, Wechsel auf Amsterdam —,—, Wechsel auf Paris 37,30, Russ. II. Orientanl. 101¾, do. III. Orientanl. 103½, do. Bank für auswärt. Handel 290½, Petersburger Diskonto-Bank 461, Warschauer Diskonto-Bank —,—, Petersb. internat. Bank 465, Russ. 4½proz. Bodenkreditpfandbriefe 155¼, Gr. Russ. Eisenbahnen 246, Russ. Südwestbahn-Aktien 114½.

Produkten-Kurse.

Köln, 8. Juli. (Getreidemarkt.) Weizen loko hiesiger 17,00, do. fremder loko 17,75, per Juli —,—, per Nov. —,—, Roggen hiesiger loko 15,75, fremder loko 17,75, per Juli, per Novbr. —,— Hafer hiesiger loko 19,75, fremder 17,75. Rüböl loko 54,00, per Okt. 51,70. Wetter: Heiß.

Bremen, 8. Juli. (Kurse des Effekten- und Makler-Vereins.) 5proz. Nordd. Wollkämmerei- und Kammgarn-Spinnerei-Aktien 168 Gd., 5proz. Nordd. Lloyd-Aktien 112⅝ Gd., Bremer Wollkämmerei 300 Br.

Bremen, 8. Juli. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notir. der Bremer Petroleumbörse.) Faßzollfrei. Ruhig. Loko 4,75 Br.
Baumwolle. Stetig. Upland middl. loko 42 Pfg., Upland

Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung p. Juli 41½ Pf., per August 41¾ Pf., p. Sept. 42 Pf., p. Okt. 42¼ Pf., p. Nov. 42¼ Pf., p. Dez. 42½ Pf.

Schmalz. Steigend. Shafer — Pf., Wilcox 51 Pf., Choice Grocery — Pf., Armour 51 Pf., Rohe u. Brother (pure 51½ Pf Fairbanks 42 Pf., Cudahy —.

Tabak. 57 Fässer Kentucky.

Hamburg, 8. Juli. Getreidemarkt. Weizen loko fest, holsteinischer loko neuer 162—165. — Roggen loko fest mecklenb. loko neuer 150—154. russischer loko ruhig, transito 110. Hafer fest. — Gerste fest. — Rüböl (unverzollt) matt, loko 50. — Spiritus loko matt, per Juli-August 24½ Br., per August-Septbr. 24⅝ Br., p. Septemb.-Oktober 24⅞ Br., per Okt.-Nov. 25¼ Br. Kaffee fest, Umsatz 3000 Sack. Petroleum loko still, Standard white loko 4,85 Br., per August-Dezember 4,90 Br. — Wetter: Sehr heiß.

Hamburg, 8. Juli. Kaffee. (Schlußbericht). Good average Santos per Juli 81, per Septbr. 80½, per Dezember 78¼, per März 76¾. Unregelmäßig.

Hamburg, 8. Juli. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neu, Usance, frei an Bord Hamburg per Juli 18,37½, per August 18,50, per Sept. 15,45, per Dez. 15,17½. Ruhig.

Pest, 8. Juli. Produktenmarkt. Weizen schwach, per Herbst 8,01 Gd., 8,03 Br. Hafer per Herbst 6,70 Gd., 6,72 Br. Mais per Juli-August 5,15 Gd., 5,17 Br., per Mai-Juni 1894 5,58 Gd., 5,56 Br. Kohlraps per August-Sept. 15,65 Gd., 15,75 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 8 Juli. Getreidemarkt. (Schlußber.) Weizen matt, p. Juli 20,60, p. August 20,90, p. September-Dezember 21,40, p. Nov.-Febr. 21,70. — Roggen ruhig, per Juli 13,70, per Nov.-Febr. 14,90. — Mehl matt, per Juli 44,00, per August 44,60, per Septbr.-Dezbr. 44,40, per Nov.-Febr. 47,10. — Rüböl fest, per Juli 57,25, per August 57,75, per Septbr.-Dezbr. 58,25, per Januar-April 59,25. — Spiritus ruhig, per Juli 46,50, per August 46,75, per Septbr.-Dezember 44,75, per Jan.-April 44,75. — Wetter: Warm.

Paris, 8. Juli. (Schluß.) Rohzucker beh., 88 Proz. loko 48,00. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3, per 100 Kilogr., per Juli 50,50, per August 50,87½ per September 50,37½, per Oktbr.-Dez. 45,50.

Havre, 8. Juli. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Hausse.

Rio 6000 Sack, Santos 2000 Sack Rezettes für gestern.

Havre, 8. Juli. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. Sept. 99,00, p. Dez. 97,00, per März 95,50. Unregelmäßig.

Antwerpen, 8. Juli. Getreidemarkt. Weizen beh. Roggen flau. Hafer flau. Gerste ruhig.

Antwerpen, 8. Juli. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅛ bez. und Br., per Juli 12⅛ Br., p. August 12⅛ Br. per Septbr.-Dezbr. 12⅛ Br. Ruhig.

Antwerpen, 8. Juli. (Telegr. der Herren Wilkens und Co.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., Aug. 4,57 Käufer, Dezember 4,65 Verkäufer.

Amsterdam, 8. Juli. Getreidemarkt. Weizen per November 180. — Roggen per Oktober 132, per März 134.

Amsterdam, 8 Juli. Java-Kaffee good ordinary 52.

Amsterdam, 8. Juli. Bancazinn 55.

London, 8. Juli. An der Küste 10 Weizenladungen angeboten. Wetter: Heiß.

London, 8. Juli. 6 pCt. Javazucker loko 20½ ruhig, Rüben-Rohzucker loko 18¼ ruhig.

Liverpool, 8. Juli, Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 6000 Ball., davon für Spekulation and Export 300 Ballen. Fester.

Middl. amerik. Lieferungen: Juli-August 4 23/64 Verkäuferpreis, Sepbr.-Oktbr. 4 18/32 do., Novbr.-Dezember 4 29/64 do., Januar-Febr. 4½ d. Käuferpreis.

Liverpool, 8. Juli, Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle Umsatz 6000 Ballen, davon für Spekulation u. Export 300 Ballen. Steigend.

Middl. amerikan. Lieferungen: Juli-August 4 24/64 Käuferpreis, August-September 4 25/64 Verkäuferpreis, Septbr.-Oktober 4 13/32 Käuferpreis, Oktob.-Novbr. 4 7/16 Verkäuferpreis, Novbr.-Dezbr. 4 29/64 Käuferpreis, Dezbr.-Januar 4 31/64 do., Januar-Februar 4 33/64 do., Februar-März 4 35/64 d. Verkäuferpreis

Newyork, 8. Juli. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 8, do. in New-Orleans 7 7/16. Raff. Petroleum Standard white in New-York 5,05, do. Standard white in Philadelphia 5,00 Gd. Rohes Petroleum in New-York 4,90, do. Pipeline Certifikates, per Juli —. Matt. Schmalz loko 10,40, do. Rohe u. Brothers 10,50. Zucker (Fair refining Muscovad.) 3¾. Mais (New) p. Juli 48⅞, p. August 49¾, p. Sept. 50⅝. Rother Winterweizen loko 71⅝. Kaffee Rio Nr. 7, 17. Mehl (Spring clears) 2,25. Getreidefracht 3¼. — Kupfer 10,50. Rother Weizen p. Juli 72¾, per Aug. 74⅛, per Sept. 76⅝, per Dezbr. 82. Kaffee Nr. 7 low ord. p. Aug. 16,15, p. Okt. 16,0.

Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren betrug 10 249 403 Dollars gegen 8 003 208 Dollars in der Vorwoche, davon für Stoffe 2 612 947 Dollars gegen 2 211 855 Dollars in der Vorwoche.

Newyork, 7. Juli. Baumwollen-Wochenbericht. Zufuhren in allen Unionshäfen 17 000 B. Ausfuhr nach Großbritannien 9 000 Ballen, Ausfuhr nach dem Continent 18 000 Ballen. Vorrath 362 000 Ballen.

Chicago, 8. Juli. Weizen per Juli 65⅞, per August 67⅞. Mais per Juli 41⅛. — Speck short clear nom. Pork per Juli 19,10.

Newyork, 8. Juli. Weizen pr. Juli 72¾ C., pr. August 74⅛ C.

Berlin, 9. Juli. Wetter: Schön.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 8. Juli. Die heutige Börse eröffnete in abgeschwächter Haltung und mit zumeist etwas niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten gleichfalls wenig günstig und boten besondere geschäftliche Anregung nicht dar. Hier entwickelte sich das Geschäft im Allgemeinen ruhig und nur vereinzelt gingen Ultimowerthe bei Gelegenheit einiger Schwankungen etwas lebhafter um. Im späteren Verlaufe des Verkehrs machte sich im Anschluß an festere Pariser Meldungen vorübergehend eine Befestigung der Haltung geltend, doch schloß die Börse wieder schwach. Der Kapitalsmarkt wies ziemlich feste Gesammthaltung auf für heimische solide Anlagen bei normalen Umsätzen; Deutsche Reichs- und Preußische konsol. Anleihen waren zumeist fester, 3½proz. Reichsanleihe und 3proz. Konsols unbedeutend abgeschwächt. Fremde, festen Zins tragende Papiere waren ziemlich behauptet aber ruhig; Italiener und Ungarische Goldrenten etwas abgeschwächt; Mexikaner im Zusammenhange mit dem weichenden Silberpreis wieder matter. Russische Noten im Laufe des Verkehrs befestigt. Der Privatdiskont wurde mit 2⅝ Proz. notirt. Auf internationalem Gebiet gingen Oesterreichische Kreditaktien zu schwächerer und schwankender Notiz mäßig lebhaft um; Lombarden wenig verändert; andere Oesterreichische und Schweizerische Bahnen abgeschwächt. Inländische Eisenbahnaktien lagen schwach und ruhig; nur Marienburg-Mlawka etwas lebhafter. Bankaktien in den spekulativen Devisen mehr gehandelt, aber durchschnittlich infolge von Realisirungen nachgebend. Industriepapiere wenig verändert und ruhig; Aktien von Brauereien lebhafter; von Montanwerthen waren Kohlenaktien behauptet und ruhig; Eisen- und Hüttenwerthe schwächer.

Produkten-Börse.

Berlin, 8. Juli. In Newyork war Weizen gestern ⅜ C. höher. An der hiesigen Getreidebörse war die Haltung in Folge der anhaltenden Dürre sehr fest; das Geschäft blieb aber still. Weizen gewann 1 M. Roggen per Juli-August 1 M., per Herbst ½ M. Hafer wurde ca. 1 M. höher bezahlt, der Markt war aber ruhiger. Mais zog ferner etwas an. Roggenmehl war bei stillem Geschäft wenig verändert. Rüböl still und etwas schwächer. Spiritus loko und Termine bei stillem Geschäft wenig verändert.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogr. Loko still. Termine höher. Gekündigt 250 Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 154—168 M. nach Qualität Lieferungsqualität 159 M., per diesen Monat —, per Juli-August —, per August-Septbr. —, per September-Oktbr. 163—162,75—163,75 bez., per Oktbr.-Nov. 164,25—164—165 bez., per Nov.-Dez. 165,25 bis 166,25 bez., per Dez.-Januar —.

Roggen per 1000 Kilogr. Loko geringer Umsatz. Termine fester. Gekündigt 50 Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 140 bis 147 M. nach Qual. Lieferungsqualität 144,5 M., inländischer guter 144—144,5 ab Bahn bez., per diesen Monat —, per Juli-August 145—145,5 bez., per August-Sept. —, per Sept.-Okt. 148,75 bis 149,25 bez., per Oktober-Nov. 149,25—149,5 bez., per Nov.-Dezbr. 149,5—150 bez.

Gerste per 1000 Kilo. Etwas mehr gefragt. Große und kleine 140—170, Futtergerste 125—140 Mk. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogramm. Loko höher. Termine höher. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 172—188 M. nach Qual., Lieferungsqualität 176 M. Pommerscher mittel bis guter 173—177 bez., feiner 178—181 bez., preußischer mittel bis guter 173—177 bez., feiner 178—182 bez., schlesischer mittel bis guter 173—178 bez., feiner 179—182 bez., per diesen Monat 178,25 bis 177,75 bez., per Juli-August 165,25—164,75—165,5 bez., per August-Septbr. —, per Sept.-Oktober 157—156,75—157 bez., per Oktbr.-Novbr. —, per Nov.-Dez. —.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko höher Termine höher. Gekündigt 100 Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 122—132 M. nach Qual., per diesen Monat, per Juli-August und per August-Septbr. 119 bez., per September-Oktober 119,5—119 bis 119,25 bez., per Oktober-November —, per November-Dezember —.

Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaare 160—195 M. nach Qual., Futterwaare 142—152 M. nach Qual.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sack. Termine fest. Gekündigt 1250 Sack. Kündigungspreis — M., per diesen Monat und per Juli-August 18,90 bez., per August-Septbr. —, per Sept.-Oktober 19,50 bez., per Oktober-November 19,60 bez., per Nov.-Dezbr. 19,70 bez.

Rüböl per 100 Kilogr. mit Faß. Termine ruhig. Gekündigt — Ztr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß — M., ohne Faß — M., per diesen Monat — M., per Juli-August —, per August-Septbr. —, per Sept.-Oktober 48,5—48,6 bez., per Okt.-Novbr. 48,7—48,8 bez., per Novemb.-Dez. 49 M., per April-Mai 1894 49,7 M.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sack, per diesen Monat 18,75 Br. — Feuchte Kartoffelstärke per 100 Kilo brutto inkl. Sack per diesen Monat —.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sack, per diesen Monat 18,75 Br.

Petroleum ohne Handel.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gek. — Liter. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 37 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Still. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, per diesen Monat und per Juli-August 35,5—35,7 bez., per August-Septbr. 35,8—35,9 bez., per Sept. 36,2 bez., per Sept.-Oktober 36,1 bez., per Oktober-Nov. —, per Nov.-Dez. 35,4—35,7—35,6 bez

Weizenmehl Nr. 00 22,00—20,00 bez., Nr. 0 19,75—17,75 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 19,00—18,25 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 20,25—19,00 bez., Nr. 0 1,5 Mk. höher als Nr. 0 u. 1 p. 100 Kilogr. br. incl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Dol = 4¼ M. 100 Rub = 320 M. 1 Gulden österr. 2 M 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf., 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto — Wechs. v. 8. Juli.

Amsterdam	2½	8 T.	168,30 bz
London	2½	8 T.	20,40 bz
Paris	2½	8 T.	81,00 bzG
Wien	4	8 T.	164,95 bz
Petersburg	4½	3W.	215,60 bz
Warschau	4½	8 T.	215,80 G
In Berl. 4. Lo[illegible]			2⅝ G.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	20,33 G
20 Francs-Stück	
Gold-Dollars	
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,42 bzG
Franz. Not. 100 Frcs.	81,10 bzB.
Oestr. Noten 100 fl.	165,25 bz
Russ. Noten 100 R.	216,10 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	108,00 B.
do. do.	3½	100,90 G
do. do.	3	86,75 G
Prss. cons. Anl.	4	107,70 B.
do. do.	3½	101,25 bz
do. do.	3	86,75 G
do. Scrips, int.		
Sts.-Anl. 1868	4	101,75 B.
Sts.-Schld-Sch	3½	99,90 G
Berl. Stadt-Obl.	3½	99,00 bz
do. do. neue	3½	99,00 bz
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3½	96,75 bz
Pfandbriefe: Berliner	5	115,30 bzG
do.	4½	108,90 bzG
do.	4	105,50 bzG
do.	3½	99,40 bz
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3½	99,00 bz
Kur. u. Neumrk. neue	3½	98,90 G
do.	4	
Ostpreuss	3½	97,75 bz
Pommer.	3½	99,30 bzG
do.	4	104,20 G
Posensch.	4	102,50 bzG
do.	3½	98,00 B.
Schls. altl.	3½	98,60 G
do. do.	4	
ldschl. Lt. A	3½	98,60 G
do.	4	
do. neu do.	3½	98,80 bz
do. do. C.	4	
Wstp. Rittr	3½	98,00 bz
do. neul. II.	3½	98,00 B.
Pommer.	4	103,40 B.
Posensch.	4	103,40 B.
Preuss.	4	103,40 B.
Schles.	4	103,40 B.
Bad. Eisenb.-A.	4	
Bayer. Anleihe	4	107,10 G
Brem. A. 1892	3½	98,25 G
Hmb. Sts. Rent.	3½	97,90 G
do. do. 1886	3	85,60 G
do. amort. Anl.	3½	
Sächs. Sts. Anl.	3½	
do. Staats-Rnt.	3	87,25 bzG
Prss. Präm-Anl	3½	181,00 G
H. Pr.-Sch. 40 T	—	403,90 B.
Bd. Präm.-An.	4	138,00 bz
Bayr. Pr.-Anl.	4	145,50 bz

Brnsch. 20 T. L.	—	104,25 G
Cöln-M. Pr.-A.	3½	132,00 G
Dess. Präm.-A.	3½	144,50 bz
Ham. 50 T.-L.	3	135,50 bz
Lüb. 50 T.-L.	3½	128,75 bz
Mein. 7 Guld-L.	—	28,00 B.
Oldenb. Loose	3	128,30 bz

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	49,40 bz
do. 1888	4½	40,25 bz
Bukar. Stadt-A.	5	97,40 B.
Buen. Air. Obl.	5	37,50 bz
Chines. Anl.	5½	105,40 G
Dän. Sts.-A. 86.	3½	95,75 G
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3½	
do. do.	4	101,25 G
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.	—	60,00 bz
Griech. Gold-A	5	46,40 B.
do. cons. Gold	4	3?,50 bzG
do. Pir.-Lar.	5	38,90 G
Italien. Rente	5	90,40 bz
Kopenh. St.-A.	3½	94,20 bzG
Lissab. St. A. I. II	4	53,50 bzG
Mexikan. Anl.	6	61,00 bz
Mosk. Stadt-A.	5	68,00 bzG
Norw. Hyp-Obl	3½	
do. Conv. A. 88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	97,60 B.
do. Pap.-Rnt.	4⅕	95,00 G
do. do.	4⅕	95,10 G
do. Silb.-Rent.	4⅕	94,50 bz
do. 250 Fl. 54.	4	156,00 G
do. Kr. 100 (58)	—	330,00 bz
do. 1860er L.	5	147,60 G
do. 1864er L.	—	327,00 bz
Poln. Pf-Br. I-V	5	67,80 G
do. Liq.-Pf.-Br	4	65,90 bzG
Portugies. Anl. 1888—89	—	34,40 G
Raab-Gr. Pr.-A.	4	106,60 G
Röm. Stadt-A.	4	86,60 bzG
do. II. III. V	4	82,40 bz
Rum. Staats-A.	4	83,00 bz
do. Rente 90	4	82,90 bz
do. do. fund.	5	102,00 B.
do. do. amort.	5	96,50 bz
Rss. Eng. A. 1822 (Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	85,80 G
do. 1880	4	98,20 bz
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldrent	6	103,20 bz
do. 1884 stpfl.	5	
I. Orient 1877		
II. Orient 1878	5	68,70 bz
III. Orient 1879	5	69,40 bz
Nikolai-Obl	4	98,20 bzB.
Pol. Schatz-O.	4	
Pr.-Anl. 1864	5	166,75 bz
do. 1866	5	150,60 B.
Bodkr.-Pfdbr.	5	108,40 bz
do. neue	4½	103,30 bzG
Schwedische	3½	
Schw. 1890	3½	
do. d. 1883	4½	160,00 bz

Schw. Hyp.-Pf.	4½	
Serb. Gld-Pfdb.	5	83,25 bzG
do. Rente	5	78,40 bzG
do. neue 85	5	78,20 bz
Stockh. Pf. 85.	4½	
do. St.-Anl. 86	4	
Span. Schuld.	4	62,50 G
Türk A. 1865 in Pfd. Sterl. ov.	1	
do. do. B.	1	
do. do. C.	1	
do. Consol. 90	4	77,50 bz
do. Zoll-Oblig	5	88,20 bz
Trk. 400 Frc.-L	—	88,60 bz
do. Eg Trib-Anl.	4¼	
Ung. Gld-Rent.	4	95,75 bz
do. Gld.-Inv.-A.	5	
do. do. do.	4½	101,70 B.
do. Papier-Rnt.	5	
do. Loose	—	259,75 bz
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	107,20 bzG

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	2¼	60,10 bz
Altenbg.-Zeitz	9 1/13	191,40 bzG
Crefelder	4	79,00 bz
Crefld-Uerdng	2	88,25 bzG
Dortm.-Ensch.	4½	100,75 bz
Eutin. Lübeck	1½	42,50 B.
Frnkf.-Güterb.	1	
Ludwsh.-Bexb.	9¼	225,60 G
Lübeck-Büch.	6	131,75 bz
Mainz-Ludwsh	4¼	109,40 bzG
Marnb.-Mlawk.	½	74,75 bz
Meckl. Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	102,50 B.
Ostpr. Südb.	0	75,80 bz
Saalbahn	0	23,90 bz
Stargrd-Posen	4½	102,50 B.
Weimar-Gera	—	13,40 G
Werrabahn	0,85	50,60 bz
Albrechtsbahn	—	46,75 bz
Aussig-Teplitz	20	570,25 G
Böhm. Nordb.	5	
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	5½	
Buschtherader	10¼	
Canada Pacifb.	5	73,80 bz
Dux-Bodenb.	5	
Galiz. Karl-L.	4½	105,00 bz
Graz-Köflsch.	6½	
Kaschau-Od.	4	91,70 bz
Kronpr. Rud.	4¾	96,75 G
Lemberg-Cz.	6½	100,26 G
Oester. Staatsb.		
do. Lokalb.	4⅜	100,25 G
do. Nordw.	—	
do. Lit. B. Elb.	—	115,75 bz
Raab-Oedenb.	—	26,50 bz
Reichenb.-P.	—	
Südöstr. (Lb.)	—	43,10 bz
Tamin-Land	0	
Ungar.-Galiz.	5	99,00 G
Balt. Eisenb.	3	61,25 bz
Donetzbahn	5	108,30 bz
Ivang. Domb.	5	104,00 bz
Kursk-Kiew	12,50	
Mosco-Brest	—	67,70 bz
Russ. Staatsb.	6,56	131,30 bz
do. Südwest.	5,45	77,10 G

Wrsch.-Teres.	5	104,50 bz
Wrsch.-Wien.	11½	
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd.	—	
Gotthardbahn	—	157,10 bz
Ital. Mittelm.	5	100,90 bz
Ital. Merid.-Bah	7⅕	127,00 bz
Lüttich-Lmb.	—	24,60 bzG
Lux. Pr. Henri	2,7	62,50 bz
Schweiz. Centr	4	116,80 bz
do. Nordost	4½	108,60 bz
do. Unionb.	2⅖	75,00 bz
do. Westb.		
Westsicilian.	3⅗	59,20 bz

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm. Colberg	4½	112,10 G
Bresl-Warsch.	13/20	53,50 bz
Czakat.-St.-Pr.	5	105,60 G
Dux-Bodnb. AB.		
Paul-Neu-Rup.	—	
Prignitz	4½	
Szatmar-Nag.	—	
Dortm.-Gron.	4½	115,20 bz
Marienb. Mlawk	5	110,90 bz
Mecklb. Südb.	—	47,00 bzG
Ostpr. Südb.	2	108,50 bzG
Saalbahn	3½	92,60 bz
Weimar-Gera	3⅜	87,25 bz

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Breslau-Warschauer Bahn	5	
Gr. Berl. Pferde Eisenbahn	4	102,50 G
Oberschl.	3½	
do. (Starg Pos)	4	
Ostpr. Südbahn	4½	
do. do.	4½	
Werrab. 1890	4	100,70 bz
Albrechtsb. gar	5	
Busch Gold-O.	4½	102,90 G
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-Prag G-Pr.	5	
do.	4	100,90 bz
Franz.-Josefb.	4	
Gal K Ludwgb g	4½	
do. do. 1890	4	95,00 G
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	98,40 G
Kronp Rudolfb.	4	95,30 bz
do. Salzkammg	4	101,50 G
Lmb Czern. stfr	4	94,30 G
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt, g.	3	84,70 bz
do. Staats-I. II.	3	108,80 G
do. Gold-Prio.	4	101,40 B.
do. Lokalbahn	4½	96,75 G
do. Nordwestb.	5	106,40 bzG
do. NdwB. G-Pr	5	108,75 G
do. Lt. B. Elbth.	5	
Raab-Oedenb. Gold-Pr	3	70,25 B.
Reichenb.-Pr. (Silber)	4	
Raab Gold-Prior.	3	70,25 B.
Südöst-B. (Lb.)	3	65,60 bz
do. Obligation.	5	104,20 bz
do. Gold-Prior.	4	98,75 bz

Baltische gar.	5	
Brest-Grajewoar	5	99,75 bzG
Gr. Russ. Eis. g	3	
Ivang.-Dombr. g.	4½	102,60 G
Kozlow-Wor. g.	4	92,90 bzG
do. 1889	4	94,30 bzG
do. Chark. As. (O)	4	94,40 bz
do. (Oblig.) 1889	4	95,00 bzG
Kursk-Kiew conv	4	94,90 bzG
Losowo-Sebast.	5	99,00 G
Mosco-Jaroslaw	5	
do. Kursk gar.	4	88,50 bz
do. Rjäsan gar.	4	96,00 bzG
do. Smolensk g.	5	102,50 bzG
Orel-Griasy conv	4	93,00 bz
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozlow g	4	94,75 bzG
Rjaschk-Morcz. g	5	102,50 bzB.
Rybinsk-Bolog.	5	94,00 bzB.
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	96,75 bzG
Transkaukas. g.	3	78,20 bz
Warsch.-Ter. g.	5	103,60 bz
Warsch.-Wien n.	4	99,90 bz B.
Wladikawk. O. g.	4	
Zarskoe-Selo	5	90,75 G
Anatol. Gold-Obl	5	90,60 G
Gotthardbahnov.	4	103,25 G
Sicilian. Gld.-P. (steuerfrei)	4	
do. do. v. 1891	4	82,50 bzG
Ital. Eisenb.-Obl.	3	56,10 bzG
Süd-Ital. Bahn	3	
Serb. Hyp.-Obl.	5	79,10 bzG
do. Lit. B.	5	77,80 G
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4½	98,70 G
Northern Pacific	6	112,50 B.
San Louis-Franc.	6	104,40 bzG
Southern Pacific	6	108,40 bz

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	4	
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	112,00 G
do. do. II.	3½	107,75 bzG
do. do. III. abg.	3½	99,20 G
do. do. IV. abg.	3½	99,20 G
do. do. V. abg.	3½	95,50 G
do. Hp. B. Pf. IV. V. VI.	5	112,75 G
do. do.	4	102,80 bzG
do. do.	3½	96,40 bzG
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	101,00 bz
do. do. (unkündbar bis 1./1.1900)	4	103,00 bz
do. do. (rz 100)	3½	95,50 bz
Meininger Hyp.-Pfdb.	4	101,40 bzG
do. Pr.-Pfdbr.	4	129,00 G
Pomm. Hypoth.-Akt. B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,50 G
P. B.-Cr. unkb (rz 110)	5	114,?0 G
do. Sr. III. V. VI (rz 100)	5	108,00 G
do. do. (rz. 115)	4½	115,60 bz
do. do. X. (rz. 110)	4½	111,25 G
do. do. (rz. 100)	4	101,20 G
Pr. Cent.-Pf. (rz. 100)	4	100,30 G
do. do. (rz. 100)	3½	96,75 bzG
do. do. kündb. 1900	4	103,50 bzG
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3½	96,50 bzG

Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4½	
do. do. VI. (rz. 110)	5	
do. div. Ser. (rz. 100)	4	102,00 bzG
do. do. (rz. 100)	3½	98,00 bzG
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	
do. do. do.	4	102,75 bzG
do. do. do.	3½	97,00 bzG
Schles. B. Cr. (rz. 100)	4	101,80 G
do. do. (rz. 100)	3½	96,30 G
Stettin. Nat. Hyp. Cr. do. do. (rz. 110)	4½	105,40 bz
do. do. (rz. 110)	4	102,75 bzG
do. do. (rz. 100)	4	102,00 G

Bankpapiere.

B. f. Sprit-Prod. H	3	64,75 G
Berl. Cassenver.	4½	
do. Handelsges.	6	136,75 bz
do. Maklerver.	8½	123,75 G
do. Prod-Hdbk.	—	
Börsen-Hdlsver.	6½	131,00 bz
Bresl. Disc.-Bk.	5	101,00 bzG
do. Wechslerbk.	4½	98,10 G
Danz. Privatbank	7⅓	
Darmstädter Bk.	5½	134,00 bz
do. do. Zettel	3,70	
Deutsche Bank	8	157,10 bz
do. Genossensch	4⅚	116,80 G
do. Hp. Bk. 60 pCt	7	120,50 G
Disc.-Command	6	178,90 bz
Dresdener Bank	7	140,00 bz
Gothaer Grundcreditbank	3½	89,10 bz
Internat. Bank	—	
Königsb. Ver.-Bk	5	99,50 G
Leipziger Credit	8½	172,25 B.
Magdeb. Priv.-Bk	5	108,30 G
Maklerbank	5	109,75 bzG
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	8	138,25 B.
Meininger Hyp.-Bank 70 pCt.	6	109,00 bzG
Mitteld. Crdt.-Bk.	4½	97,25 bz
Nationalbk. f. D.	5	109,20 bz
Nordd. Grd.-Crd.	1	93,25 G
Oester. Credit-A	9 1/16	206,00 bz
Petersb. Disc.-Bk	—	
do. Intern. Bk.	10	
Pomm. Vorz.-Akt	6	113,00 G
Posen. Prov.-Bk.	4½	104,60 G
Pr. Bodencr.-Bk.	7	132,90 bzB.
do. Cnt-Bd 60 pCt	9½	160,00 bzG
do. Hyp.-Akt.-Bk	6½	125,50 G
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	6	105,25 G
do. Immob-Bank 80 pCt.	—	240,00 bzB.
do. Leihhaus	6	91,60 G
Reichsbank	6,88	151,00 bzB.
Russische Bank	5	
Schles. Bankver.	5½	115,60 G
Warsch. Comerz	9	
do. Disconto	7½	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	7½	132,50 bzG
Anglo Ct. Guano	11¾	143,50 bzB.
Bauges. Berl.-Charl.	7⅕	1015,00 bzG
Bauges. City St.-Pr.	5	79,00 B.
Bauges. Dtsche. Bau	3	78,00 bz
Bauges. Hann. St.-P.	3½	69,50 bzG

Bauges. Humb.	5½	132,50 G
Moabit	8	145,00 G
Passage	3½	65,25 bzG
U. d. Linden	0	
Berl. Elekt.-W.	7¾	142,25 G
Berl. Lagerhof	—	84,25 B.
do. do. St.-Pr	9	121,25 G
Ahrens Br., Mbt.	0	52,50 bzG
Berl. Bock-Br.	0	52,25 bzG
Schultheiss-Br.	16	249,50 bzG
Bresl. Oelw.	3	91,00 G
Deutsche Asph.	5	78,80 G
Dynamit Trust	9	128,50 bz
Erdmannsd. Sp.	5½	93,00 G
Fraust. Zucker	0	97,00 B.
Glauz. Zucker	12	112,50 bzG
Gummi Harburg-Wien	24	
do. Schwanitz	12½	178,00 bz
do. Voigt Winde	8	128,60 G
do. Volpi. Schldt.	—	95,50 G
Hemmoor Cem.	6	104,75 bz
Köhlm. Strk.	12	
Körbisdf. Zucker	2½	108,25 G
Löwe & Co.	18	256,50 bzG
Bresl. Linke	10	154,00 bz
do. Hofm.	10	136,50 B.
Germ. Vrz.-Akt.	6½	81,10 bzG
Görlitz ov.	8	112,75 G
Görl. Lüdr.	10	134,10 bz
Grusonwerk	10	
H. Paucksch	2	
Schwarzkopff	18	231,00 bzG
Stettin-Vulk.-B.	9	107,50 bzG
Sudenburg	14	194,00 B.
O.-Schl. Cham.	3	63,50 G
do. Port.-Cem.	1½	79,50 G
Oppeln. Cem.-F.	4	93,00 G
do. (Giesel)	2	83,60 bzG
Gr. Berl. Pferdb.	12½	223,00 bz
Hamb. Pferdeb.	0	95,10 G
Potsd. ov. Pfrdb.	5	87,75 B.
Posen. Sprit-F.	4	
Rositzer Zucker	3	74,00 bzG
Schles. Cem.	7½	131,75 bz
Stett. Bred. Cem.	2	87,50 B.
do. Chamott.	15	196,00 bz
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	7	117,00 bzG
Berzelius	10	127,25 G
Bismarckhütte	8	145,50 bz
Boch. Gusst.-F.	6½	122,75 bz
Donnersmarck	—	85,00 G
Dortm. St.-Pr. A.	1	57,50 bz
Gelsenkirchen	9	129,70 bz
Hibernia	5¼	101,50 bz
Hörd. St.-Pr.-A.	0	29,25 bzG
Inowracl. Salz	1	36,60 bzG
König u. Laura	4	104,90 bzG
Lauchham. ov.	6	98,70 G
Louis. Tief. St.-Pr	7	102,00 bz
Oberschl. Bd.	½	49,00 bzG
do. Eisen-Ind.	4½	102,25 bzG
Redenh. St.-Pr.	—	9,25 G
Riebeck. Mont.	11	157,90 B.
Schles. Kohlw.	0	26,75 bzG
do. Zinkhütte	15	184,90 G
do. do. St.-Pr.	15	185,00 G
Stolb. Zink-H.	1	38,50 bzG
do. St.-Pr.	6	107,25 bzG
Tarnowitz ov.	0	
do. do. St.-Pr.	0	33,00 G

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.